



*Gemeinde Roetgen
mit den Ortsteilen
ROETGEN-ROTT
u. **MULARTSHÜTTE***

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Nr. 39
Dezember 1996

Aus dem Inhalt:

Roetgens Verwaltung

Rosenbaums Ende ohne Wiederkehr

Energie

Stromversorger betreibt Volksverdummung
Energiesparen mit Sonnenkollektoren

Ortsentwicklung

Roetgen soll Dorf bleiben
Baumsterben im Baumviertel
Schulerweiterung

Umwelt

Größenwahnsinn Müllverbrennung



Rosenbaums Ende ohne Wiederkehr

Nachdem wir Hinweise bekommen hatten, daß unser Gemeindedirektor in den letzten 7 Jahren Gemeindearbeiter an seinem Privathaus in Stolberg, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Arbeitszeit, beschäftigt haben soll, sind wir den Hinweisen nachgegangen und haben sie auch bestätigt bekommen.

Danach war für uns klar, daß ein Mann, der seine Position in dieser Form ausnutzt, für uns als Gemeindedirektor nicht tragbar ist.

Wir haben daraufhin nach Beratungen innerhalb der Fraktion und der Partei beschlossen, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

Kripo wurde tätig

Die Kriminalpolizei ist inzwischen tätig geworden und hat mit den Vernehmungen begonnen.

Als im Hauptausschuß der Tagesordnungspunkt "Entlastung des Gemeindedirektors" anstand, waren wir uns einig, daß wir einer Entlastung des Gemeindedirektors nicht zustimmen konnten, und haben ihn während der Sitzung aufgefordert, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Es erfolgte keinerlei Stellungnahme, weder positiv noch negativ, sondern nur eine Aufforderung an den Bürgermeister, daß ich zu rügen sei, weil ich solche Unter-

stellungen hier öffentlich äußern würde.

Kein Dementi

Bis heute gibt es kein Dementi seitens des Gemeindedirektors!

Auch seine Ankündigung, mich mit Hilfe seines Anwaltes (hoffentlich nicht der Anwalt der Gemeinde) anzuzeigen, ist bis heute nicht erfolgt.

Als dann die Verlängerung des Vertrages des Gemeindedirektors anstand (Der Vertrag läuft am 31.1.1997 aus!), war für uns klar, daß wir aus diesen Gründen, aber auch aus vielen anderen Gründen, einer Verlängerung nicht zustimmen würden. Mit Hilfe der SPD und der FDP ist es uns auch gelungen, die Vertragsverlängerung zu verhindern.

Kein hauptamtlicher Bürgermeister

Die logische Konsequenz, wäre allerdings gewesen, sich für die nächsten 2 1/2 Jahre für einen hauptamtlichen Bürgermeister auszusprechen. Dem konnte sich allerdings die FDP, aus welchen Gründen auch immer, nicht anschließen, sodaß wir uns nun für diese Zeit einen

neuen Gemeindedirektor suchen müssen. Die Ausschreibung ist erfolgt, Anfang Dezember wissen wir, wer sich beworben hat.

Wer zahlt?

Es gibt im Dorf Gerüchte, wir müßten jetzt - nach der Entscheidung, den Vertrag nicht zu verlängern - das Gehalt des Herrn Rosenbaum weiterzahlen. Das ist natürlich Unsinn. Der Vertrag endet am 31.1.1997 und damit auch die Verpflichtung der Gemeinde, das Gehalt zu zahlen. Es entstehen der Gemeinde keine zusätzlichen Kosten durch diese Entscheidung. Wäre ja auch noch schöner! Es mag zu Zeiten des Sonnenkönigs Ludwig des XIV. vielleicht Regelungen gegeben haben, daß man abgedankte Könige noch weiter unterhalten muß. Heute jedoch ist

das nicht mehr der Fall, jedenfalls nicht in Roetgen.

Gerüchteküche

Gerüchte im Ort besagen auch, die CDU würde mit der FDP darüber verhandeln, ob sie einer erneuten Kandidatur von Herrn Rosenbaum unter bestimmten Bedingungen zustimmen würden. Diese strategischen Spiele der Strategiekommission der CDU halte ich allerdings für illusorisch, denn wer könnte sich vorstellen, daß die FDP in diesem Punkt tatsächlich noch einmal umfallen würde....??

Gerd Pagnia

P.S. Die Anzeige wegen Beleidigung ist inzwischen eingegangen. Vielen Dank Herr Rosenbaum!

Stromversorger betreibt Volksverdummung

Der Umweltaarif: Spende an das RWE - aber ohne Spendenquittung

Weil „in der Gesellschaft der Wunsch besteht, den Anteil umweltschonender Techniken sowie den Beitrag erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung weiter zu erhöhen“ (Zitat aus der Zeitschrift „strom“), bietet das RWE jetzt den sogenannten Umweltaarif an. Umweltbewußte Menschen dürfen jetzt freiwillig ihren Strompreis verdoppeln, damit das RWE von diesem Geld Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung bauen kann. Für diese Kunden, so behauptet das RWE, sei damit sichergestellt, daß der Strom, den sie verbrauchen, umweltfreundlich erzeugt werde.

Aber, die Sache hat mehrere Haken:

✓Das RWE rühmt sich der „Förderung

erneuerbaren Energien“. Aber: Diese Förderung macht es abhängig von der Spendenbereitschaft privater Kunden. Die Kunden spenden - nichts anderes ist mit dem Umweltaarif beabsichtigt -, das RWE gibt diese Gelder aus.

✓20000000 DM will das RWE investieren: Das klingt nach unglaublich viel Geld. Wenn man sich allerdings die Zahlen in den RWE-Bilanzen einmal ansieht, stellt man fest, daß 20 Millionen für das RWE Peanuts sind. Das RWE hat fette Rücklagen, die übrigens auch von den Kunden angesammelt wurden. Würde es das RWE ernst meinen mit der Förderung der „Regenerativen“, dann könnte es daraus ein Vielfaches der 20 Millionen bereitstellen.

✓Durch die Verdoppelung des Strompreises wird den Kunden eingeredet, regenerative Energie sei nun einmal so teuer.

✓Eine geringfügige Strompreiserhöhung (ca. 1%) für alle Kunden, die durch die „kostengerechte Einspeisevergütung“ für regenerativen Strom möglicherweise entstehen würde, lehnt das RWE ab; dabei wäre diese Lösung wirtschaftlich gerechtfertigt und vertretbar, und sie würde das RWE keinen Pfennig kosten. Stattdessen mutet das RWE umweltbewußten Freiwilligen eine Verdoppelung des Strompreises zu, nach dem Motto: „Schau'n wir mal, wer denn wirklich mehr zahlen will!“

✓Und die Gewinne aus diesen Transaktionen? Fließen die zurück zu den Umweltkunden? Wohl kaum! Die fließen in die Taschen des RWE und von dort weiter, die gewohnten Wege.

Idealisten sollen zahlen

Der RWE-Umwelttarif ist nicht die Lösung, um regenerative Energien marktfähig zu machen. Die Lösung kann nicht sein, daß einige wenige Idealisten mehr bezahlen. Die Mehrkosten, die durch die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie entstehen, müssen auf alle Stromabnehmer umgelegt werden, denn alle profitieren von der Umwelt- und Klimaentlastung.

Das Aachener Modell der kostendeckenden Einspeisevergütung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung gewesen. Viele Städte haben dieses Modell inzwi-

schen übernommen. Die „kostendeckende Vergütung“ in das Stromeinspeisegesetz zu übernehmen, ist eine sehr wichtige politische Forderung und Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende.

Alternativen

Jetzt sind da aber noch die Menschen, die tatsächlich Geld in umweltschonende Stromerzeugung investieren wollen. Diese sollten ihr Geld nicht gleich dem RWE in den Rachen werfen, der ohnehin schon voll genug ist. Es gibt gute Alternativen zum RWE, z.B. eine Beteiligung an einer Betreibergesellschaft für ein Wind- oder ein Sonnenkraftwerk.

Der Nachteil der meisten Betreibergesellschaften hier in unserer Region ist, daß sie geschlossen sind und ein Beitritt nicht mehr möglich ist. Anders ist das bei der Genossenschaft ENERGIE 2030, einer Gesellschaft nach belgischem Recht mit Sitz in Eupen. Hier kann jede und jedes Mitglied werden zu jeder Zeit. Erschwingliche Anteilscheine machen es den „Genossen“ möglich, sich an sauberer Stromproduktion zu beteiligen. Einblick in Bücher und Register und eine demokratische Gesellschafterversammlung gewähren die nötige Kontrolle.

Informationen gibt es bei:
ENERGIE 2030, Im Grüntal 18a, 52066 Aachen, Tel. 0241/970139
oder bei Christa Heners, Rommelweg 35, 52159 Roetgen, Tel. 02471/2756
(DM 3,— Rückporto erbeten)

Christa Heners

Energiesparen mit Sonnenkollektoren

Förderung durch den Kreis Aachen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die CDU haben im Kreis Aachen Initiative ergriffen und ein Förderprogramm für Sonnenkollektoren aufgelegt. Dadurch soll ein konkreter Beitrag zur CO₂-Reduzierung und damit zum Umweltschutz geleistet werden.

Gefördert wird die Installation von Sonnenkollektoranlagen zur Brauchwassererwärmung auf Ein- und Mehrfamilienhäusern im Kreis Aachen. Die Grundförderung beträgt pro versorgte Wohneinheit 300,—DM und für jeden angefangenen qm Kollektorfläche 50,—DM. (Die Anlage muß eine Mindestgröße von 3 qm haben, bei Mehrfamilienhäu-

sern 1,5 qm pro Wohneinheit.) Der Förderhöchstbetrag für Ein- und Zweifamilienhäuser liegt bei 800,—DM und für Mehrfamilienhäuser bei 3.000,—DM.

Im Haushalt 96 stehen noch Fördermittel zur Verfügung. Für das kommende Jahr wird sich die schwarz-grüne Kooperation bemühen, das Förderprogramm fortzusetzen.

Anträge sind formlos zu richten an den

Kreis Aachen
A 65 - Bauamt -
Zollernstr. 10
52070 Aachen.

Auszug aus den Förderrichtlinien:

Voraussetzung für die Förderung ist, daß

- * die Maßnahme fertiggestellt und abgerechnet ist,
- * die Originalrechnung vorgelegt wird,
- * die Antragstellung im Jahr der Errichtung der Anlage erfolgt,
- * Haushaltsmittel im Antragsjahr zur Verfügung stehen und
- * die Installation der Anlage durch Fachunternehmer bestätigt wird.

Die vollständigen Richtlinien erhalten Sie beim Kreis Aachen oder bei

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ortsverband Roetgen, Steinbüchelstr. 21, 52159 Roetgen,
Tel. 02471/2873 (Jüttner) oder 02471/2756 (Heners)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreistagsfraktion, Zollernstr. 10,
52070 Aachen, Tel.0241/5198647

Alle Angaben ohne Gewähr

Roetgen ist ein Dorf und soll ein Dorf bleiben

Wohnort mit Qualitäten

Roetgen ist ein Dorf und soll ein Dorf bleiben, ein Dorf mit schmalen, ruhigen Straßen, ein Dorf mit schönen alten Häusern, ein Dorf mit Wiesen und Tieren, die darauf weiden, mit Bächen und Hecken. Das ist das Bild, das wir alle von Roetgen haben und das auch die Zugezogenen und die Zuziehenden so sehr an Roetgen schätzen. Das macht seine hohe Attraktivität als Wohnort aus.

Aber dieses Bild von Roetgen ist gefährdet, an einigen Stellen bröckelt es sogar schon ziemlich ab:

*Gemeint sind die neuen Baugebiete, die ohne Rücksicht auf die gewachsenen Siedlungsstrukturen Roetgens die vorhandenen Freiflächen vollständig überplanen und überbauen, ganz nach der Devise: Je mehr Häuser man auf je weniger Fläche unterbringt, um so mehr kann man daran verdienen. Daß dadurch ein Ausverkauf von Roetgens Qualitäten betrieben wird, scheint dabei nicht zu stören.

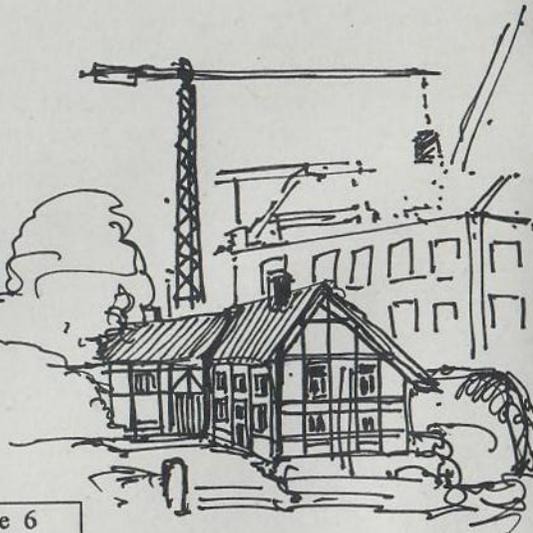
*Gemeint sind auch Baudenkmäler und andere erhaltenswerte alte Gebäude, die vielfach dem Verfall preisgegeben oder abgerissen werden, um Grundstücke „baureif“ zu machen für gewinnbringende Eigentumswohnungen und Mehrfamilienhäuser.

Aus Fehlern kann man lernen

Es wurden bereits viele Fehler gemacht, die Roetgen ohne Rücksicht auf seinen dörflichen Charakter zum Unterzentrum

machen wollen, möglichst mit mehr als 10000 Einwohnern, so lautet eine Zielvorgabe aus den 70er Jahren (damals gab es noch keine GRÜNEN im Roetgener Rat). Aber diese Fehler dürfen jetzt nicht als Entschuldigung oder gar Begründung für weitere Fehler herhalten. Wir haben die Chance, noch einiges wieder gut zu machen. Und die Grundlage für diese Chance ist das Ortsentwicklungskonzept für die Gemeinde Roetgen.

Dieses Konzept wurde 1993 von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) im Auftrag der Gemeinde erstellt und vom Rat verabschiedet. Die Roetgener GRÜNEN haben sich im Rahmen eines Vortragsabends ausführlich über seine Inhalte informiert:



Das Ortsentwicklungskonzept

In seinem ersten Teil zeichnet das Gutachten die historische Entwicklung Roetgens mit den sich daraus ergebenden Bau- und Siedlungsstrukturen nach. Weiterhin liefert es eine Bestandsaufnahme von Roetgen, wie es sich heute darstellt, und eine Aufstellung der Mängel und Konfliktpunkte. Im letzten Teil finden wir einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, der den dringenden Handlungsbedarf aufzeigt und zur konkreten Umsetzung reizt.

Über Satzungen wie z.B. die Innenbereichssatzung, eine Gestaltungssatzung oder Bebauungspläne können die Roetgener Politikerinnen und Politiker großen Einfluß nehmen auf die zukünftige Bebauung in unserem Dorf. Die konsequente Anwendung des Denkmalschutzgesetzes sowie eine weitere Unterschutzstellung von Gebäuden kann die alte Bausubstanz schützen. Ein Gestaltungshandbuch sowie eine Beratung kann die Eigentümer älterer Häuser bei der Sanierung unterstützen.

Chance für Roetgen

Alle Fraktionen aller Parteien sind hier aufgefordert, diese Chance für Roetgen zu nutzen und im Sinne des Ortsentwicklungskonzeptes Rahmenbedingungen für eine maßvolle Weiterentwicklung Roetgens zu schaffen.

Christa Heners





Ursula war uns allen als streitbare, selbstbewußte und eigenwillige Frau mit großem sozialem Engagement bekannt. Sie war bis zuletzt voller Ideen, wie die Welt verbessert werden könnte. Und sie hat fast ununterbrochen daran gearbeitet, ihre Ideen auch in die Tat umzusetzen.

Als Mitbegründerin der Grünen hat Ursula viele Jahre lang die Politik der Partei mitbestimmt und mitgetragen. Dann verließ sie die Grünen wieder, immer auf der Suche nach anderen, neuen Betätigungsfeldern.

Die Zusammenarbeit mit ihr war teils fruchtbar und voller Impulse, teils schwierig, weil sie nicht immer ihre MitstreiterInnen für ihre Vorstellungen begeistern konnte.

Wir werden uns oft liebevoll an sie erinnern und wollen versuchen, viele Dinge, die sie auf den Weg gebracht hat, weiterzutragen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion Aachen

Ortsverband und Fraktion Roetgen
Kreisverband Aachen-Land

Roetgen, Aachen und Alsdorf, im Oktober 1996



Mobil ohne Auto

Die Fahrradtour am 16. Juni 96 durch den Roetgener und Rotter Wald verband den Besuch kommunalpolitisch interessanter Punkte (Rotter „Waldfriedhof“, Bahnschotterwaldweg, Baustelle Vorbecken, Rakkesch) mit einem sonntäglichen Familienausflug.

ENERGIE 2030 sucht weitere Gesellschafter

Das erste Windkraftprojekt in St. Vith in Ostbelgien steht kurz vor seiner Realisierung. Geplant ist eine Anlage mit einer Leistung von 500-600 kW. Der Stadtrat von St. Vith hat kürzlich einen Betriebskostenzuschuß für die Windkraftanlage bewilligt, mit Hilfe dessen die Anlage, trotz der geringen Einspeisevergütung durch den belgischen Stromversorger, wirtschaftlich betrieben werden kann.

Ein Windgutachter bewertet z.Z. die möglichen Standorte und eine Dipolmarbeit an der RWTH Aachen beschäftigte sich exemplarisch mit der St. Vither Anlage und wird bei der Auswahl des richtigen Anlagentyps helfen.

Um das Projekt zu verwirklichen, werden noch weitere Gesellschafter gesucht, die sich mit Anteilscheinen von DM 500,— an der Finanzierung des Windrades beteiligen wollen.

Kontaktadresse für Interessenten:
ENERGIE 2030, Im Grüntal 18a,
52062 Aachen, Tel. 0241/970139

Siehe dazu auch den Artikel zum RWE-Umwelttarif!



Zeit für Kultur

Zu einem Querschnitt durch die Roetgener Kulturlandschaft luden die Roetgener GRÜNEN am 1. September 1996 ein. Es wurde ein großartiges Fest mit guten, vielseitigen Darbietungen und einem begeisterten Publikum.



Baumsterben im Baumviertel

Die Eichenstraße in Roetgen erfuhr in diesem Sommer einen dubiosen Bekanntheitsgrad:

Fund einer Fliegerbombe aus dem 2. Weltkrieg bei Baggararbeiten zum Bau eines Hauses.

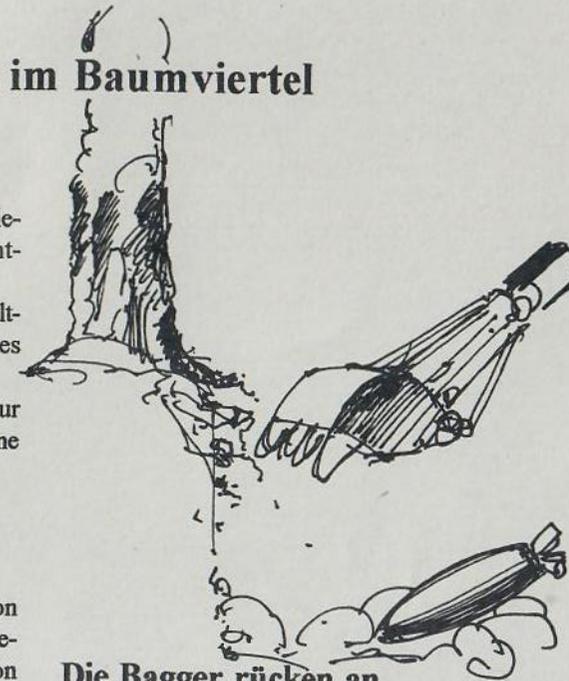
Alle Bewohner ringsum wurden bis zur Entschärfung der Bombe evakuiert. Eine aufregende Geschichte.

Aufregung im Baumviertel

Für größere Aufregung und Frustration sorgte genau dieses Grundstück bei vielen Bewohnern des Baumviertels schon seit längerem.

Die Wiese war eine idyllische Pferdewiese mit einem sehr alten Eichenbestand. Das Schicksal dieser Wiese ist das, was vielen wiederfährt: Bebauung.

Klar, irgendwann werden auch die idyllischsten Baulücken geschlossen und es sei auch jedem sein Eigenheim gegönnt. Die Bebauung dieses Grundstückes sollte aber mal wieder eine überdimensionale werden, wie es mittlerweile in Roetgen leider bereits zum Ortsbild gehört. Ein **8-Familienhaus** braucht viel Platz und damit mußten die mittleren Bäume weichen. Auf Intervention von Anwohnern und Einschalten der Landschaftsbehörde wurde seitens des Bauherren zugesagt, die äußeren Bäume zu erhalten und stehen zu lassen.



Die Bagger rücken an.

Eines Tages rückt der Bagger an und beginnt sein Werk, die Baugrube wird größer und größer. Sie wird so riesig, daß die dicken Wurzeln der vormals noch geretteten Bäume teilweise bis an den Stamm gekappt werden.

AUCH SO KANN BÄUMEN DAS STERBEN BEIGEBRACHT WERDEN !

Es stimmt mehr als traurig, zu sehen wie rücksichtslos alles beseitigt wird, was im Wege steht (oder auch nicht). Der Koloss an „Wohnhaus“ wächst und was aus den Bäumen wird, bleibt abzuwarten.

Dies ist nur ein Beispiel welches zeigt, auf welchem Weg Roetgen ist. War es nicht mal ein Dorf? Vielleicht sollten wir alle darüber nachdenken, wohin der Weg

mit dieser Art der Bebauung führt! Wir sollten auch nicht vergessen, daß diese Objekte nur einen wirtschaftlichen Hintergrund haben. Hat Roetgen es nötig so mißbraucht zu werden? Vielmehr sollten wir uns Gedanken um die Erhaltung dörflicher Strukturen machen, die Roetgen so lebens- und liebenswert machen.

Baumschutzsatzung

Wir Grüne haben uns im vergangenen Jahr Gedanken um eine Baumschutzsatzung für Roetgen gemacht und einen

entsprechenden Antrag in den Fachausschuß eingebracht. Leider sahen die anderen Politiker keinen Handlungsbedarf. Im Zusammenhang mit dem „Bauklotz“ in der Eichenstraße drängt sich dieses Thema wieder auf, damit sensibel mit solchen Eingriffen in die Natur und der Bebauung umgegangen wird. Jüngstes Beispiel zeigt, daß ein Umdenken dringend vonnöten ist.

Ingrid Karst-Feilen

Schülerweiterung

Für die Eltern schulpflichtiger Kinder in Roetgen ist es ja nichts Neues: Das Gebäude der Grundschule ist viel zu klein! Schon seit wie vielen Jahren ist es „Normalzustand“, daß eine Klasse im Keller untergebracht ist, obwohl die Raumhöhe für eine Nutzung als Klassenraum eigentlich nicht ausreicht. Jahrelang wurde aber seitens der Verwaltung mit statistischem Zahlenmaterial herumargumentiert und rückläufige Schülerzahlen in Aussicht gestellt, die - nach Meinung des damaligen Gemeindedirektors Rosenbaum - eine Schülerweiterung unnötig machten. Alle warnenden Hinweise des Schulleiters und Verweise auf die für jeden sichtbare rege Bautätigkeit wurden all die Jahre in den Wind geschlagen.

Im Herbst 1992 änderte sich das Blatt. Der BJS-Ausschuß der Gemeinde erkannte die hohe Dringlichkeit einer Schülerweiterung und beschloß einstimmig, den Anbau um eine Etage aufzustocken und so drei neue Klassenräume einzurichten. Das war vor vier Jahren!!!!

Und was hat sich seitdem getan?

Vor zwei Jahren brach zum erstenmal der Notstand aus. Damals mußten - als unumgängliche Sofortmaßnahme - zwei angenehm große Klassenräume in drei unangenehm kleine zerteilt werden. Zusätzlich wurde der Erste-Hilfe-Raum wieder in eine Klasse umfunktioniert. Doch auch diese Maßnahme schaffte nur kurzfristig Luft, und schon im nächsten Jahr mußte wieder eine Klasse in besagtem Kellerraum untergebracht werden.

Zwei Klassen im Keller!

In diesem Schuljahr 96/97 reichte nun auch das nicht mehr aus. Wie der Schulleiter schon lange richtig vorausgesagt hatte, mußte wegen der hohen Schülerzahl eine 16. Klasse eingerichtet werden. Aber wohin damit?

Es blieb nichts anderes übrig, als nun auch noch einen zweiten Kellerraum als Klasse zu nutzen, obwohl dieser Raum nicht nur zu niedrig ist, sondern auch sehr dunkel, weil große Teile der Fenster bereits unter der Erde liegen und nur begrenzt Tageslicht hereinlassen.

Einzelförderung oder Förderung in Kleingruppen muß oft genug auf dem Flur stattfin-

den, weil es keinen Raum für solch pädagogisch wichtige Maßnahmen gibt.

Was ist los Herr Rosenbaum?

„Ja, aber?“ fragt sich hier der interessierte Leser. „Was wurde aus den Plänen, das Gebäude aufzustocken?“

Und genau das fragen wir uns auch!

Nur durch regelmäßiges hartnäckiges Nachfragen und Drängen von Ratsmitgliedern ist es gelungen, die Verwaltung dazu zu bewegen, Architektenpläne erstellen zu lassen und Landeszuschüsse zu beantragen, die aufgrund der prekären Lage auch genehmigt wurden.

Nun stand der Schulerweiterung ja eigentlich nichts mehr im Wege, und sie hätte eigentlich schon nach den Sommerferien dieses Jahres fertig sein sollen. Eigentlich! Plötzlich stellte sich aber heraus, daß die Angebote der Baufirmen um 25 % höher lagen, als der Architekt vorhergesehen hatte. Also wurde alles gestoppt, zwei Klassen in den Keller geschickt, dem Architekten die Pläne zwecks Überarbeitung zurückgegeben, und im September lagen angeblich neue Berechnungen des Architekten vor, die eine Kostensenkung von 150 000 DM in Aussicht stellten. (Eigentlich ein Wunder! Ich würde gerne wissen, woran gespart werden soll!)

Die Zeit drängt!

Auf Nachfrage im BJS-Ausschuß Mitte September versprach Herr Rosenbaum, daß die neuen Ausschreibungsunterlagen nur noch überprüft werden müßten, und dann würde unverzüglich eine neue Ausschreibung erfolgen.

Auf unsere Anfrage im BJS-Ausschuß Mitte November bekamen wir es am 22. Nov. schriftlich: Die Ausschreibung ist immer noch nicht rausgegangen!!!

Die Gewährung der Landeszuschüsse erlischt aber Ende dieses Jahres!

Was wird hier eigentlich gespielt? Ist es Arbeitsüberlastung, Schlafmützigkeit, Dummheit, Schlamperei oder möglicherweise sogar Absicht? Ist es denkbar, daß Herr Rosenbaum die ganze Zeit versucht hat, die Schülerweiterung zu verhindern, weil sie ihm von Anfang an nicht in den Kram paßte? Schwer vorstellbar, oder?

Bleibt nur zu hoffen, daß die Schülerweiterung doch noch kommt. Unsere Kinder hätten es verdient!

Und bleibt zu hoffen, daß der neue Gemeindedirektor mehr Herz für die Belange unserer Kinder zeigt.

Astrid Pagnia

Nicht rechtmäßig sondern recht mäßig.

Die Art und Weise des Umganges der Gemeindeverwaltung in Roetgen mit Bürgern und Hilfesuchenden gibt uns Anlaß für diesen Artikel und für eine Spende an die betroffene Familie.

Wieder einmal hat die Verwaltung in ihrer

unnachahmlichen Art das Anliegen einer Familie „bearbeitet“.

Zum Hintergrund:

Eine asylbegehrende Familie mit 4 Kindern bewohnt eine Sozialwohnung in Roetgen. Die Verwaltung teilte die Ansicht

der Bewohner, daß der vorhandene Fußbodenbelag total verschlissen und unwohnbar sei, der Familienvater entfernte den Belag. 5 Monate lang lebt die Familie auf der Fußbodenunterkonstruktion aus unbehandelten Holzspanplatten; als sich trotz Bitten keine Änderung abzeichnet, kauft der Vater selbst einen PVC-Bodenbelag. Da für diese „eigenmächtige“ Ausgabe keine offizielle Genehmigung vorlag, erstattet die Gemeinde den Betrag von DM 60,- nicht. „Eine nachträgliche Übernahme der Kosten scheidet grundsätzlich aus“, so die offizielle Antwort.

Immerhin gibt es in der Familie drei Kleinkinder, die den Fußboden als Spielraum nutzen. Hinzu kommt die schwierige Reinigungsmöglichkeit von unbehandelten Spanplatten.

Sicherlich gibt es verschiedene Ansichten über dürfen, sollen, müssen, eigenmächtiges Handeln, aber sicher steht einer Familie eine menschenwürdige Unterbringung zu, selbst wenn eine Ausweisung droht. Gegen den ablehnenden Bescheid der Kostenübernahme der Gemeinde legte die Familie keinen Widerspruch ein, weil zum einen keine deutschen Schreibkenntnisse vorliegen, zum anderen spielt aber auch Angst und/oder Resignation eine große Rolle.

Erst der Flüchtlingsrat bringt die Sache wieder ins Rollen und bittet um Erstattung der 60,-.

Als Reaktion des Gemeindedirektors erfolgt eine Belehrung, die ihrersgleichen an Arroganz und bürokratischer Rechtsglauberei sucht. „... Die nachträgliche Übernahme von Kosten scheidet grundsätzlich aus, da die mögliche Hilfs-situation nicht mehr besteht bzw. der Bedarf, soweit er anerkannt worden wäre, gedeckt ist. ... Mit Ihrem Brief fordern

sie mich auf, eine rechtswidrige Handlung zu begehen. Rechtmäßiges Verwaltungshandeln ist ein Grundsatz, dem ich hohe Bedeutung zumesse. Der Bürger und Hilfeempfänger muß Vertrauen in rechtmäßiges Verwaltungshandeln setzen können. Vor diesem Hintergrund bitte ich auch, meine rechtmäßige Entscheidung nicht zu unterlaufen, indem der Flüchtlingsrat der Familie den Betrag zur Verfügung stellt.“

Wir, die Grünen in Roetgen sehen uns in diesem Fall genötigt die Entscheidung zu unterlaufen und der betroffenen Familie den Betrag von DM 60,- für den Fußbodenbelag zur Verfügung zu stellen.

Aus unserer Sicht ist das rechtmäßige Verwaltungshandeln wohl eher ein rechtmäßiges, bürokratisches Handeln. Von dieser auf „Vertrauen“ ausgerichteten Handlungsweise kann wohl auch manch anderer Bürger ein Lied singen.

Übrigens: Diese Familie, deren Abschiebung scheinbar unmittelbar bevorstand, lebt heute immer noch in der gleichen Wohnung und wird wohl vorläufig noch in Roetgen bleiben.

Ingrid Karst-Feilen



Größenwahnsinn Müllverbrennung

Eigentlich behalten wir GRÜNEN ja fast immer Recht und eigentlich schmerzt Recht behalten aus grüner Sicht auch häufig. Schließlich warnen wir fast immer vor vermeidbaren Fehlentscheidungen.

Eine der größtenwahnsinnigsten Fehlentscheidung war und bleibt der Baubeschluß für die Müllverbrennungsanlage Weisweiler.

Müllverbrennungsanlage ist zu großDie Geschichte dieses Wahnsinnsprojekts reicht bis in den März 1989. Damals wurden die Planungsaufträge an die RWE-AG von der damaligen großen Kreiskoalition aus SPD und CDU vergeben. Einflußlos konnten wir GRÜNEN nur zusehen. Durch die Kommunalwahlen im Herbst 1994 verbesserten sich unsere Einflußmöglichkeiten zwar. Die eigentlich schlimme Entscheidung eine Müllverbrennungsanlage mit 360.000 t/a Verbrennungskapazität im Kreis Aachen zu errichten, konnten wir allerdings nicht mehr rückgängig machen. Inzwischen müssen die Verantwortlichen auch öffentlich zugeben: „Wir haben im Kreis Aachen eine Überkapazität von 215.000 t/a im Jahr.“

Zwei Möglichkeiten in der Diskussion: Nun gibt es die Möglichkeit, die Überkapazität dem Müllgiganten R+T, eine Tochter des Multikonzerns RWE, zu verkaufen. Die andere Möglichkeit ist, eine gemeinsame Gesellschaft aus Stadt Aachen, Kreis Aachen und R+T zu gründen. Selbst wenn dies so gelingt, müssen auch die EinwohnerInnen aus Roetgen für die Fehlentscheidungen der Vergangenheit bezahlen. Zwischen 578,- und 626,- DM wer-

den die Entgelte geschätzt, welche die Gemeinde Roetgen demnächst bei der Anlieferung pro Tonne Müll an die MVA zahlen muß. Für die BürgerInnen kommen natürlich die Kosten der Gemeinde für die Leerung und den Transport des Mülls noch hinzu.

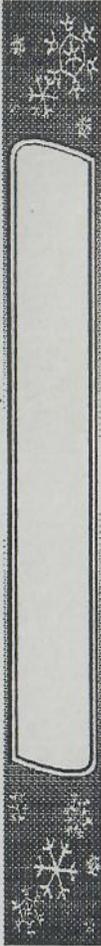
Demgegenüber steht ein Schätzpreis für die Anlieferung der Bioabfälle eben nicht an die MVA sondern an die Kompostierungsanlage des Kreises oder der Stadt Aachen von etwa 233,- DM bis 263,- DM pro Tonne.

Biotonne und Eigenkompostierung

Wir GRÜNEN müssen uns mit der Realität der vorhandenen Müllverbrennungsanlage abfinden. Trotzdem werden wir uns für die Verringerung der Umweltbelastung und gegen die Kostenexplosion für die Bürger einsetzen. Ein Beispiel dafür ist die flächendeckende Einrichtung der kostengünstigeren Biotonne auch für Roetgen, wobei natürlich der Anreiz zur Eigenkompostierung erhalten bleiben muß.

Bei der Müllverbrennungsanlage haben wir uns tief in die laufenden Vertragsverhandlungen eingeklinkt, um dort ökologisches Übel noch abwehren zu können, wo es noch möglich ist.

Aggi Majewsky, Kreistagsabgeordnete



Es wird Winter in Deutschland

*Es friert in unserem schönen deutschen Land
Das Laub verfärbt sich gelb und der Wind bläst kalt.*

*Es friert in unserem deutschen Land.
Als Hauch geboren ward die Gier zum Sturm alsbald.
Viele sehen schon des Abgrunds Rand,
und ihre Gesichter werden erschreckend alt.*

*Es friert in unserem schönen deutschen Land
Das Laub brennt rot und kämpft und der Wind bläst kalt.*

*In diesem Land gibt es Gewinner,
doch wo gewonnen wird, gibt es Verlierer!
Und dort, wo Wenige sehr viel gewinnen,
verlieren Viele bald das Wenige!*

*Es friert in unserem schönen deutschen Land
Das Laub wird braun und stirbt und der Wind bläst kalt.*

*Während dicke Bäuche fett und fetter werden
und ihre Selbstgefälligkeit obsiegt,
sind die Regeln für den Kampf ums Überleben
von eben diesen längst schon festgelegt.*

*Es friert in unserem schönen deutschen Land
Das Laub fällt sterbernd ab und der Wind ist kalt.*

Sigrid Muschik-Jansen, Monschau

Verantwortlich: Gerd Pagnia
Jennepeterstr. 4a, 52159 Roetgen

Impressum

Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Redaktionsschluß: 20.11.96

Auflage: 3000 Exemplare